



08.02.2018

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Der Koalitionsvertrag steht

Die Verhandlungen zwischen Union und SPD über einen Koalitionsvertrag sind abgeschlossen, und eine stabile und handlungsfähige Regierung unter der Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel ist in Sicht – das ist eine gute Nachricht, gerade auch für unsere europäischen Freunde und Nachbarn. Die Koalitionspartner ergreifen in ihrem Vertrag die ausgestreckte Hand des französischen Präsidenten Macron, indem sie einen neuen Aufbruch für Europa fordern. Viele der europapolitischen Forderungen und Ankündigungen begrüße ich ausdrücklich: eine weitere Stärkung des Europaparlaments; mehr Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, Forschung und Innovation; eine konsequentere Durchsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien; die Bekämpfung von missbräuchlichen Steuerpraktiken und der missbräuchlichen Zuwanderung in Sozialsysteme; eine Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; eine faire und geordnete Migrationspolitik; das Hochhalten des Stabilitäts- und Wachstumspakts in der Eurozone. Wichtig sind aus meiner Sicht auch die Vereinbarungen der Koalitionspartner, nicht voreilig weiteren EU-Beitritten auf dem Westbalkan zuzustimmen und den Beitrittsprozess der Türkei nicht weiter voranzutreiben.

Der digitale Binnenmarkt kommt!

Stellen Sie sich vor, Sie sind beim Einkaufen und möchten bezahlen, doch Sie müssen

erst einmal Ihren Pass vorzeigen, bevor der Kassierer Ihnen sagt, was die Produkte für Leute aus Ihrem Land kosten, und ob Ihnen überhaupt etwas verkauft wird. Ein absurdes Szenario – aber leider Alltag im Internet: Bisher setzen zwei Drittel aller Online-Shops und Webdienste in Europa das sogenannte „Geoblocking“ ein, um Kunden je nach Wohnsitzland unterschiedliche Preise und Bedingungen zu bieten, oder um die Leistung gleich ganz zu verweigern. Mit der jetzt von uns verabschiedeten Verordnung ist das künftig nicht mehr erlaubt. Online-Shopping-Queens und Schnäppchenjäger auf der Suche nach günstigen Hotelzimmern oder begehrten Tickets dürfen sich also freuen – sie haben in Zukunft mehr Auswahl zu besseren Bedingungen. Ausnahmen gibt es weiterhin lediglich bei Warenlieferungen, falls ein Anbieter nicht in ein bestimmtes Land liefert – dann sollte aber wenigstens eine Abholung angeboten werden –, sowie, zumindest vorerst, bei urheberrechtlich geschützten Inhalten wie Musik, Filmen und E-Books. Die neuen Regeln gelten ab Ende dieses Jahres.

Parlament wird 2019 kleiner

Mit dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs werden 73 Sitze im Europaparlament frei werden. Wir haben uns jetzt dafür ausgesprochen, dass wir diese Gelegenheit nutzen wollen, um bisher bestehende Ungleichgewichte bei der Sitzverteilung auszugleichen. So werden insgesamt 27 der britischen Sitze auf Länder verteilt, die bisher auf ihre Einwohnerzahl bezogen unterrepräsentiert sind, darunter Frankreich, Spanien, die Niederlande und Irland. Damit wird die Sitzaufteilung zwischen den Ländern fairer sein als

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim

im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



bisher. Die restlichen 46 Sitze werden vorerst nicht neu verteilt, sodass die Gesamtzahl der Abgeordneten nach der nächsten Europawahl von bisher 751 auf 705 sinken wird. An der Zahl der deutschen Abgeordneten ändert sich nichts – es bleibt bei 96. Aufgrund des insgesamt verkleinerten Parlaments steigt dadurch also das relative Gewicht der deutschen Delegation. Außerdem haben wir uns diese Woche dafür stark gemacht, dass bei der nächsten Europawahl die Spitzenkandidaten der jeweiligen europäischen Parteienfamilien wieder zugleich die Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten sind – ganz so, wie es die Bürgerinnen und Bürger gemäß bewährter demokratischer Praktiken aus den Wahlen in ihrem jeweiligen Land gewohnt sind.

Rumäniens Rechtsstaat in Gefahr

Eine vom rumänischen Parlament beschlossene umstrittene Reform, die den politischen Einfluss auf die Justiz wieder verstärken soll, war Thema einer Debatte im Plenum. Justizkommissarin Jourová warnte davor, in alte Zeiten zurückzufallen. Rumänien hat in den letzten Jahren schon viel in Sachen Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung unternommen – Rückschläge wären in der Tat eine große Enttäuschung.

Abwahl eines Vizepräsidenten

Mit großer Mehrheit haben wir Ryszard Czarnecki, Mitglied der in Polen regierenden PiS-Partei, seines Amtes als Vizepräsident des Europaparlaments enthoben. Er hatte meine polnische Fraktionskollegin Róża Thun mit Hasstiraden überzogen und sinngemäß mit Nazi-Kollaborateuren verglichen.

Sie hatte zuvor die derzeitige polnische Regierung öffentlich kritisiert.

Letztes Geläut für die Sommerzeit?

Das Thema hat erkennbar eingeschlagen wie eine (Zeit-)Bombe: Im Vorfeld der Debatte über die Sommerzeitregelung, die diese Woche auf Initiative meiner Fraktion im Plenum stattgefunden hat, erreichten mich hunderte E-Mails und Zuschriften aus der Region und aus ganz Europa – alle mit dem dringenden Wunsch, das halbjährliche Umstellen der Uhr bitte möglichst bald abzuschaffen. In der Tat mehren sich die Hinweise aus wissenschaftlichen Untersuchungen, dass die Sommerzeitregelung nicht die erhoffte Energieersparnis gebracht hat, aber bei einem nicht unerheblichen Anteil der Bevölkerung gesundheitliche Beschwerden hervorruft und hohe Kosten für die Wirtschaft verursacht. Ich bin für die ständige Beibehaltung der Sommerzeit, hätte aber gerne noch einige Untersuchungen dazu, bevor solche Dinge beschlossen werden.

Besuch aus der Heimat

Diese Woche besuchten mich Schülerinnen und Schüler des Martin-Schleyer-Gymnasiums aus Lauda-Königshofen.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Seit Januar unterstützt Muhammad Zakaria Shafqut mein Team in Brüssel. Er absolviert sein Praktikum im Rahmen eines Austauschprogramms zwischen dem Europaparlament und der US-amerikanischen Furman University (Greenville, South Carolina), an der er Wirtschaftswissenschaften studiert.

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle